

20 Jahre Deutsche Einheit – Erfolge, Ambivalenzen, Probleme

Jahrestagung der Gesellschaft für Deutschlandforschung in Berlin, 1./2. März 2010

Andreas M. Vollmer, München

Die Gesellschaft für Deutschlandforschung (GfD) widmete sich auf ihrer 32. Jahrestagung dem Thema »20 Jahre Deutsche Einheit – Erfolge, Ambivalenzen, Probleme«. In seinen einleitenden Worten schlug der GfD-Vorsitzende *Tilman Mayer* (Bonn) den Bogen von der Reichsgründung 1871 über die Wiedervereinigung 1990 bis hin zu gegenwärtigen Betrachtungen der früheren DDR-Diktatur. Der schriftlichen Grußbotschaft von Bundeskanzlerin Angela Merkel folgten persönliche Worte des Bundesinnenministers Thomas de Maizière, der die Wiedervereinigung in seinen Ausführungen als natürliche Folge des gestürzten SED-Regimes betrachtete. Der DDR war mit der Aufhebung der sowjetischen Existenzgarantie jegliche Legitimationsgrundlage entzogen worden, die als Streiter für die Einheit kämpfenden eingesperrten Menschen agierten 1989/90 heldenhaft, und bewirkten übriges. Auch wenn in den letzten 20 Jahren bedeutende Erfolge im Rahmen von Modernisierungen, Telekommunikations- und Verkehrsinfrastruktur sowie im Denkmalschutz offenkundig wurden, stehen dem rasanten Anstieg von Produktivität und wirtschaftlichen Erfolgen Abwanderungsströme und demographische Entwicklungen als ernstzunehmende Probleme gegenüber. Abschließend hielt er jedoch fest, dass der Aufbau Ost und die Solidarität West eine Erfolgsgeschichte schrieben, an deren Ende eine erwachsene Deutsche Einheit steht, über die wir uns nur freuen können.

Michael Stürmer (Berlin) betrachtete im ersten Vortrag »Otto von Bismarck 1870/71«, über den bis zum 9. November 1989 alles gesagt zu sein schien. Helmut Kohls Rede anlässlich des 3. Oktober 1990 verriet, dass er die Reichsgründung 1871 studiert hatte. Ein „ruheloses Reich“ habe es demnach nie mehr gegeben. Die deutsche Einheit entstand – nach anfänglichen Schwierigkeiten – in Zusammenarbeit mit seinen Nachbarn, eingebettet in die europäische und transatlantische Integration. Die Option, von SPD und Grünen vertreten, Verabschiedung der USA und Aufkündigung der NATO-Mitgliedschaft war unrealistisch. So legten die staatlichen Akteure Wert auf ein stabiles Gleichgewicht, jedem Gewinn auf der einen, folgte eine Kompensation auf der anderen Seite – nachzulesen im Zwei-plus-vier-Vertrag. Bismarck, der die Stabilität gegenüber Frankreich und Russland verfehlt hatte, hatte nur ein fragiles Bündnissystem errichten können. Damals wie heute wurde der Krieg als (letztes) Mittel der Politik angesehen. Das freie Berlin wurde 40 Jahre durch amerikanische Atomwaffen und 12.000 Amerikaner in der Stadt geschützt. Wie wenig die Wende vor 20 Jahren die deutschen Historiker zu einem vertieften Nachdenken animiert habe, erstaunte den Referenten. Die alten Erzählungen, so sein Credo, seien dahingehend im Lichte neuer Erfahrungen zu überprüfen.

Die Gemeinsamkeiten und Unterschiede in den Prozessen von »Reichsgründung und Wiedervereinigung« analysierte *Hans-Peter Schwarz* (München/Bonn) in seinem Vortrag. 74 Jahre nach der Reichsgründung waren die USA und die Sowjetunion 1945 globale Sicherheits- und Großmächte. Anders als unter Bismarck war die Bundesrepublik Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg nur noch eine sekundäre Macht, die DDR ein sowjetischer Satellitenstaat. Ein Krieg zur Klärung der deutschen Frage stand allein wegen der atomaren Bewaffnung nicht zur Debatte, auch die Einstellung der Deutschen zum Krieg war eine andere als noch 1870/71. Die Handlungsspielräume Helmut Kohls waren 1989/90 ähnlich eingeschränkt wie die Otto von Bismarcks, trotz aller Unvergleichbarkeit der politischen Systeme. Drei große Ängste bewegten die deutsche Epoche 1815-1965: Nationalismus der Völker, Angst vor der Demokratie, Angst vor der Revolution. Die Zeit ab 1970 kennzeichnete: Freiheitsbewegungen in osteuropäischen Staaten, Entspannungspolitik

unter Entlegitimierung eines wiedervereinten deutschen Nationalstaates und das Tabu der Wiedervereinigung bis 1990. Helmut Kohl ließ die „Irrtümer der Metternichs“ hinter sich und zeigte nach dem 9. November 1989 große Risikobereitschaft. Die souveränen Mächte in Deutschland mussten von den Vorteilen der Wiedervereinigung überzeugt werden. Großbritannien wurde durch die USA eingeordnet, für Frankreich war die Wirtschafts- und Währungsunion eine Kompensation. Die geschlagene Sowjetunion erhielt eine „goldene Brücke“ – analog der Bismarckschen Politik gegenüber Österreich. Das „fertige Haus“ Deutschland kostete 41 Jahre, die Reichsgründung lediglich drei. Die historischen Parallelen erstaunen, denn in beiden Situationen gab es große oppositionelle Widerstände, der Weg führte zweimal über wirtschaftliche Fragen. Im 19. Jahrhundert über den Deutschen Zollverein, 1990 über die Wirtschafts- und Währungsunion. Verdrängte vormals der preußische Taler den Gulden, so folgte später der DDR-Mark die D-Mark. Beide „Gründungen“ basierten schließlich auf dem Beitritt souveräner Staaten.

»Mitterrand, Brandt, Kohl und die nationale Frage in Deutschland« beleuchtete *Brigitte Seebacher* (Bonn). Mitterrand, der an der Frage der Wiedervereinigung Anstoß nahm, lief den Ereignissen hinterher. Zwar fragte er bei regelmäßigen Treffen mit Willy Brandt stets, wie die Deutschen einer Wiedervereinigung gegenüber stünden, dennoch hatte er in dieser Sache weder Visionen, noch gestaltende Ideen. In der neuen Epoche, die sich 1989 mit dem Ende des Kalten Krieges und der beginnenden Globalisierung ankündigte, akzeptierte er schließlich die deutsche Politik. Brandt, der trotz Engagements gegen Armut, Hunger und Klimawandel in der Welt, sein Deutschlandbild nie aufgab, wünschte ein „Zusammenwachsen, was zusammen gehört“. Helmut Kohls Vorstellungen zur Wiedervereinigung legten nahe, dass im Westen alles so bleiben könnte wie es war und er griff beherzt zu. Zur nationalen Einheit in europäischer Einbindung riss sein Gesprächsfaden mit Brandt nicht ab. Kohl, der sich gerne im Schatten Mitterrands gesonnt hatte, riskierte in der deutschen Frage fast den Bruch mit Frankreich. Sein „10-Punkte-Plan“ überraschte dort. Um die Franzosen ins Boot der Wiedervereinigung zu holen, war der deutsche Kanzler bereit den Zeitplan für eine europäische Währung zu verkürzen. In den Verhandlungen zur deutschen Einheit zeigte sich, dass diffuse Ängste vor einer deutschen Großmacht unbegründet waren: Das vereinte Deutschland trumpfte nirgends auf und fügte sich in die europäische und internationale Politik ein.

Joachim Scholtyseck (Bonn) skizzierte »Die Kunst der Diplomatie 1990« mit der Eingangsbemerkung, dass Staatskunst und die Kunst der Diplomatie zweierlei beinhalten können: die Kunst des Möglichen und Kunstfehler. 1989, von Diplomaten nicht vorhergesehen, bot keinen Raum für kunstvolles Agieren. Den Blindflug in die deutsche Einheit konnten weder Osteuropaexperten noch Nachrichtendienste erhellen, allenfalls nachträglich kommentieren. Während die UdSSR unter Gorbatschow ein Weltreich aufgegeben hatte und 1989/90 „Getriebene“ war, ohne grundlegende eigene Vorstellungen in der Deutschlandpolitik, kennzeichnete die französische Politik die Elemente „Ratlosigkeit, Indignation und Konfusion“. Großbritannien wollte die Einheit verzögern und die USA agierten als Psychologen für die britische Seele. Die DDR verfügte über keine Diplomatie im Sinne eines souveränen Akteurs, und schaute im Falle einer Wiedervereinigung ihrer Liquidierung entgegen. Innerhalb des ostdeutschen Diplomatenkaders und der Friedensbewegung herrschte Chaos, ein Mittelweg mit Überwindung der militärischen Blöcke sollte dem Abhilfe schaffen. Polen diskutierte über den Warschauer Vertrag von 1970 und die Frage eines neuen Grenzvertrages, die Nerven lagen blank. Die Beispiele waren kein Zeugnis für die hohe Kunst der Diplomatie. Anders als die Vereinbarungen zur Wiedervereinigung im Jahr 1990 (die im Gegensatz zu 1945 im Einklang mit den Nachbarn getroffen wurden),

waren die Beispiele Sternstunden der Diplomatie. Dennoch schmälerten diese wenigen Kunstfehler nicht das Gesamtkunstwerk Deutsche Einheit.

In die Tiefe ging die Betrachtung »Verhandlungsstrategie West: Bonn« von *Andreas Rödder* (Mainz). Bis Ende November 1989 schien die deutsche Revolution eine Sache der Ostdeutschen, eine Destabilisierung der DDR lag nicht im Interesse der westdeutschen Politik. Mit dem Fall der Mauer stand die deutsche Frage im politischen Raum, die ostdeutsche Bürgerbewegung spaltete sich an ihr. Gegen eine reformierte, eigenständige DDR standen die Massen mit ihrem Motto: „Wir sind ein Volk“. Bundeskanzler Kohl zögerte; sein 10-Punkte-Programm vom 28. November 1989 stellte dann einen ersten vereinigungspolitischen Coup dar. In der Scharnierzeit zwischen Honeckers Sturz und der Wiedervereinigung vollzogen Kohl und die Union eine Politik der großen Schritte. Ein zweiter Coup gelang ihm am 7. Februar 1990 mit der Verhandlung über eine Währungsunion nebst Wirtschaftsreformen. Bonn „griff auf die DDR zu“ und wollte eine Übertragung des westdeutschen Modells. Das Votum der ersten freien Volkskammerwahl bestätigte den umstrittenen Weg. Im Gegensatz dazu war der Weg international steiniger. Die Sowjetunion war verstimmt, Frankreich und Großbritannien wenig begeistert. Die USA war nicht dagegen, sie unterstützte den Zwei-plus-Vier-Prozess. Die Diplomatie der DDR blieb außen vor. Der Beitritt des gescheiterten SED-Staates zur erfolgreichen Bundesrepublik sorgte für eine tiefe Verunsicherung der Bevölkerung im Osten und hohe Erwartungen an den Westen. Der Umstellungskurs der DDR-Mark hatte massive Folgen, die ostdeutsche Wirtschaft war nicht (mehr) wettbewerbsfähig. Massenabwanderungen zur D-Mark verhinderte er jedoch. Der Einigungsvertrag war eine „ministerielle Großleistung“, die Deutsche Einheit weckte zugleich hohe, wenig realistische Erwartungen im Osten: Ein erneutes Wirtschaftswunder im Westen, wie nach dem Zweiten Weltkrieg, blieb ebenfalls aus.

Der Analyse »Frieden mit Deutschland? Der Zwei-plus-Vier-Vertrag« widmete sich *Reinhard Müller* (Frankfurt). Die beiden deutschen Staaten waren nicht vollständig souverän, wie die Berlinfrage und alliierte Vorbehalte zeigten. Die Tauwetterära Gorbatschows beinhaltete keine Wiedervereinigungsoption, noch im Jahre 1987 verwies der sowjetische Reformler darauf, dass es keine offene deutsche Frage gäbe. Nur zwei Jahre später jedoch 1989 konnte der SED-Staat nicht mehr auf den Partner UdSSR setzen. 1990 hatte die DDR in der Wiedervereinigungsfrage keine realistische Exit-Option mehr, was ihre Durchsetzungsfähigkeit bzgl. eigener Positionen schwächte. Bundeskanzler Kohl forderte für die endgültige Anerkennung der heutigen polnischen Grenzen den Verzicht auf Reparationen. Die Zwei-plus-Vier-Verhandlungen und Ergebnisse stellten für die Sowjetunion kein politisches Versailles dar, wenngleich die NATO-Mitgliedschaft Gesamtdeutschlands ein dicker Brocken war. Der Zwei-Plus-Vier-Vertrag, eine diplomatische Meisterleistung, beendete den Zweiten Weltkrieg und den Kalten Krieg. Die gefundene Friedensregelung stellt keinen Friedensvertrag dar, der möglicherweise die Option eröffnet hätte von Deutschland Entschädigungszahlungen (für unangemeldete Ansprüche) zu verlangen. Der fortbestehende Klageausschluss in internationalen Fragen des Besatzungsrechts liegt im Interesse der Rechtssicherheit, und die noch bestehende Feindstaatenklausel in der Charta der Vereinten Nationen (UN) stellt lediglich eine formale Diskriminierung Deutschlands dar.

»Die Haltung der Parteien, der Publizistik und der Wissenschaft zur deutschen Einheit in den achtziger Jahren« thematisierte *Eckhard Jesse* (Chemnitz). Die deutschen Parteien vertraten in den 1980er Jahren breit gefächerte Positionen. Während das NPD-Parteiprogramm die Einheit Deutschlands ohne Blöcke forderte, und national-neutralistische Tendenzen überwogen, bekannten sich CDU/CSU zur Wiedervereinigung und lehnten den so genannten Dritten Weg einer staatlichen Neutralität ab. Gleiches galt für die FDP. Die SPD bot ein sehr

differenziertes, deutschlandpolitisches Spektrum. NATO-Befürwortern standen Vertreter der „deutschen Interessen“ (einem intern umstrittenen Konzept) gegenüber. Mit Bahr und Gaus gab es linksgaullistische Tendenzen (ohne eine Forderung nach dem Austritt aus der NATO). Die Grünen vertraten vom Status Quo bis zur Wiedervereinigung verschiedene Strömungen. Die K-Gruppen vertraten bevorzugt eine Äquidistanz und waren meist – wie der Bund Westdeutscher Kommunisten (BWK) – für die Spaltung und gegen die Einheit. In der Publizistik spielte die Debatte um den Dritten Weg eine wichtige Rolle. Neben der Ablehnung der Nachkriegsordnung (Jalta), galt die Kritik den Machtinteressen der Supermächte. Ausgeblendet blieb damit der eigentliche System- und Wertekonflikt. Die dargelegte Verantwortung der Deutschen für den Frieden war zwiespältig, soweit der historische Schuldkomplex eine Sonderrolle generiert. Die Teilung Deutschlands war nicht die Gefahr für den Frieden, sondern die Folge des Konflikts. Ein eigenständiger Weg zur Wiedervereinigung sollte aus dem „Joch der Fremdbestimmung“ führen, ohne dass zu erkennen war, wie dies in der Ära der Blockkonfrontation gehen sollte. Die exakte Einordnung fällt schwer, manche vertraten die Neutralität nur als Mittel zum Zweck, andere lehnten die Wiedervereinigung ab, weil sie diese um den Preis der Neutralität nicht wollten. Die Frontenbildung veränderte sich. Für Rechtsextremisten war die deutsch-deutsche „Teilvereinigung“ nicht akzeptabel, Linksextremisten und Teile des Liberalismus befürchteten ein nationalistisches Großmachtstreben. Die Antideutschen lehnten als historische Konsequenz die deutsche Einheit gänzlich ab. In der Wissenschaft fand die gegenwartsbezogene Deutschlandforschung mit der Gründung der GfD im Jahre 1978 ein Sprachrohr. Ein GfD-Memorandum zur vergleichenden Forschung (1984) verzichtete auf Elemente des Dritten Weges. Es gab kaum den Vergleich zwischen der DDR und der Bundesrepublik Deutschland. Die totalitäre Herrschaft des NS-Regimes trug indirekt dazu bei, den Blick auf die totalitäre Herrschaft des Kommunismus zu verstellen.

Ein spannendes Gebiet steckte *Ehrhart Neubert* (Berlin) mit seinem Thema »Der Umgang mit der SED-Diktatur: Versäumnisse, Möglichkeiten« ab. Auf diplomatischem Parkett wäre der Begriff „Diktatur“ 1989 nicht salonfähig gewesen, nicht wenige sahen die DDR als demokratisch an. Im September 1989 kam die systematische Geschichtsfälschung der SED jedoch ins Stocken und eine hitzige Debatte ergriff Schulen und Betriebe. Oppositionelle artikulierten Sprüche wie „dieser Staat, ihr werdet sehen, wird noch im Museum stehen“ schon am 5. Oktober 1989. Die Bevölkerung der DDR kämpfte für eine friedliche Revolution. Die westdeutsche Wissenschaft und Politik wurde hiervon überrascht, oppositionelle Kräfte in der DDR und politische Repression waren seit langem nur noch ein Randthema. Während sich die Bürgerrechtsbewegung gegen das Ministerium für Staatssicherheit (Stasi), das geschlossen werden musste, richtete, musste die Aktenöffnung gegen Widerstände in der west- und ostdeutschen Politik durchgesetzt werden. Der Umgang mit den Stasiunterlagen ist bis heute umstritten. Die Intention einer umfassenden Aufklärung kollidiert mit Datenschutzaspekten und dem Recht auf informationelle Selbstbestimmung. Die Totalitarismusdebatte der 1990-er Jahre ist bis heute nicht ausgestanden. Um dem Totalitarismustheorem auszuweichen, griffen westdeutsche Forscher auf „weichere“ Definitionen zurück, die jedoch ihrerseits einen Erklärungsbedarf generierten. Die DDR-Forschung erfand einen Adjektiv-Totalitarismus für den Diktaturcharakter des SED-Staates, der von „spättotalitär“, „autoritär“, bis „fürsorglich“ reichte. Die Ahnungslosigkeit weiter Teile der westlichen Bevölkerung über die „fernen“ östlichen Bundesländer erstaunt. Denn während es bzgl. des Nationalsozialismus eine klare Orientierung, gerade in der Lehrerschaft, gibt, fehlt diese für die DDR und den Kommunismus völlig, selbst der Diktaturcharakter des SED-Staates steht (partiell) zur Disposition. Somit besteht besonders innerhalb der Lehrerfortbildung und den Lehrplänen ein immenser Nachholbedarf. Dennoch fällt die Bilanz über den Umgang mit der DDR-Diktatur insgesamt positiv aus. Zur Aufklärung gehört, dass

Opfer des SED-Staates institutionell und inhaltlich an Aufarbeitungsprozessen zu beteiligen sind. Die Lebensgeschichten müssen publiziert und verbreitet werden, dann erträgt es die Gesellschaft, dass Postkommunisten über Vereine und Netzwerke verfügen, die ein positives DDR-Bild vermitteln wollen. Die Wissenschaft dürfe sich laut Neubert nicht in einen Elfenbeinturm zurückziehen.

Karl-Heinz Paqué (Magdeburg) ging der Thematik »Die wirtschaftliche Entwicklung nach 20 Jahren Wiedervereinigung: Bilanz 2010« nach. Auch wenn sich am „Aufbau Ost“ die Geister scheiden, sind polemische Bilder vom „Milliardengrab“ sicherlich falsch. Die schnelle Umsetzung einer Wirtschafts- und Währungsunion mit einem „politischen“ Wechselkurs, vertrauensbildende Maßnahmen (über die Treuhand) und eine Lohnentwicklung nicht zu weit unter dem Westniveau, waren alternativlose Weichenstellungen. Andere Optionen kamen, wegen der Verlockungen für eine massive Abwanderung in den kulturell und sprachlich gleichen, jedoch wirtschaftlich hochproduktiven Westen, nicht in Betracht. Der Wechselkurs war richtig, eine rein ökonomische Geldumstellung hätte Lohnkontrollen und Mobilitätskontrollen erfordert, die einer „neuen Mauer“ bedurft hätten. Die Privatisierung von 14.000 Unternehmen durch die Treuhand ermöglichte die Bildung zukunftsfähiger industrieller Kerne und vermied eine Dauersubventionierung unrentabler Betriebe. Die Abwicklung unrentabler Betriebe und der Umgang mit den Betroffenen verlief teilweise unsensibel, für viele Ostprodukte gab es jedoch keinen Markt mehr. Gleichzeitig entstand ein Boom für die Bauwirtschaft. Investitionen wurden sinnvoll, nicht dauerhaft gefördert. 1990 betrug die Industrieproduktion im Osten 5,5 Prozent, 2008 waren es 10 Prozent. Das Leistungsbilanzdefizit betrug 2006 noch rund 31 Mrd. € heute sind es ca. 20 Mrd. € Den Erfolgen stehen eine Reihe ungelöster Probleme gegenüber. Neben der hohen Arbeitslosenquote und der damit verbundenen Abwanderung, sind die zu niedrigen Exportleistungen und eine zu geringe Forschungsintensität zu konstatieren. Nötig sei laut Paqué ein Prioritätswechsel: weg von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen und Verkehrsinfrastruktur, hin zu Innovationsprodukten und Forschungsförderung.

Günther Heydemann (Leipzig) beschloss mit seinen Ausführungen über »Die gegenwärtigen Probleme nach 20 Jahren Wiedervereinigung« den Reigen der Referate. Drei große Probleme betrachtete er als virulent. Erstens, eine geringe Akzeptanz der Demokratie in den neuen Bundesländern, verbunden mit der Unfähigkeit der Volksparteien, klassische soziale Gruppen zu integrieren. Zweitens eine im Schnitt doppelt so hohe Arbeitslosigkeit im Osten und drittens eine demografische Grundproblematik, die näher zu erläutern ist. Die Abwanderungsmigration aus den östlichen Bundesländern werde bis 2060 zu einem Bevölkerungsrückgang um 37 Prozent führen. Bereits 2016 müssen etwa 250.000 Wohnungen abgerissen werden. Wirtschaftszentren werden sich zurückentwickeln, die Überalterung der verbliebenen Bevölkerung steigt rapide an. Den Boomregionen in Bayern, Baden-Württemberg, Hamburg und Nordrhein-Westfalen steht fast ganz Ostdeutschland als Schwundregion gegenüber. Somit entstehen polarisierte Raumtypen: Wenigen Wachstumsinseln, wie Potsdam und Dresden, stehen große Schrumpfungsräume gegenüber. Kernstädte, nur in Wachstumsinseln, haben eine qualifizierte „Single-Zuwanderung“, die Übergangsräume, wie Magdeburg und Halle schrumpfen geringer und weisen Tendenzen für eine Re-Urbanisierung auf. Stark schrumpfende Räume, wie Frankfurt/Oder lassen ein kollektives Abgleiten befürchten. Neben blühenden Landschaften wird es voraussichtlich entvölkerte Landkreise geben. Letztere haben nicht nur mit der Strukturschwäche, sondern auch mit der Überalterung und den mit ihr einhergehenden Problemen zu kämpfen. Eine moderne Industriepolitik muss daher heute auf eine intelligente regionale Förderung setzen.

Die abschließende Podiumsdiskussion griff wesentliche Ergebnisse der Einzelvorträge auf. Die Erfolge der Deutschen Einheit überwogen, sowohl international wie auch national, die Ambivalenzen und Probleme. Die von Egon Krenz kreierte Bezeichnung „Wende“ für die friedliche Revolution wurde unisono als falsch kritisiert, gingen doch bis zu 75 Prozent der Erwachsenen auf die Straße. Um das richtige Geschichtsbild muss gerungen werden, es darf nicht den Zerrbildern der ehemaligen SED und heutigen Partei DIE LINKE zum Opfer fallen. Kapitale Fehler waren die Nichtenteignung der SED/PDS, der unbefriedigende Umgang mit der Täter-Opfer-Problematik und die Stasi-Unterlagenproblematik. *Tilman Mayer* (Bonn) dankte den Referenten und Teilnehmern. Die GfD sei kein Geschichtsverein zur Interpretation der Wiedervereinigung, sie wolle vielmehr über aktuelle Probleme Deutschlands diskutieren und eigenständig zu ihrer Lösung beitragen.

Für das Autorenverzeichnis übersende ich nachfolgende Angaben:

Vollmer, Andreas Michael, Dipl.-Pol., Dipl.-Verwaltungswirt (FH), Bayerisches Staatsministerium des Innern, München.